



## Die SP, Garantin des nationalen Zusammenhalts

### Referat von Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Liebe Genossinnen und Genossen,

Altdorf ist ein wichtiger Fleck auf der politischen Landkarte der Sozialdemokratischen Partei. Nicht unbedingt wegen der Wilhelm Tell-Statue, und auch nicht wegen der riesigen Investitionen eines ägyptischen Milliardärs in Andermatt. Der Grund ist auch nicht der Bau der zweiten Gotthardröhre, wie ich fürchte.

Klar, Uri ist die Wahlheimat von Rebekka Wyler, die wir heute zur neuen Co-Generalsekretärin wählen dürfen. Eine Heimat, in der sie sich so gut eingelebt hat, dass sie heute einen Sitz in der Exekutive von Erstfeld hat. Wer sagt, die Zürcherinnen und Zürcher gedeihen nur am Ufer der Limmat – die Linken – oder an der Goldküste des Zürichsees – die anderen?

Der Weg von Rebekka aber, die vor ihrem Exekutiv-Amt in Erstfeld im Stadtparlament von Zürich sass, zeigt sehr schön auf, welchen Anspruch wir als verantwortungsvolle Partei haben: Der Anspruch, das Land zu einen, und zwar mit einer ausgeglichenen Politik für die urbanen Zentren, genauso wie für die Bergregionen, für die Stadtzentren, deren Agglomerationen und die Dörfer in den Alpen. Die SP ist in Zürich, Bern oder Lausanne verankert. Sie ist aber auch hier in Altdorf zu Hause. Und das ist gut für uns. Aber es ist auch essenziell für diese Regionen. Die Zentralschweiz, die Ostschweiz, die Bergregionen brauchen eine starke SP. Denn wir sind die Garantin des nationalen Zusammenhaltes, der Sozialversicherungen, des Service public, der Chancengleichheit.

Wenn ich mich auf den heutigen Tag freue, dann weil ich heute die Möglichkeit habe, unsere Rolle als Garantin des nationalen Zusammenhalts zu betonen. Ein Zusammenhalt, der in Zeiten von Kampagnen rund um No-Billag und die SRG umso wichtiger wird. Noch selten hat eine Initiative unsere Gegner so klar entlarvt: Sie wollen lieber «fake news» auf Facebook, statt überprüfte und unabhängige Nachrichten. Sie wollen Teleblocher statt die Tagesschau; lieber die Girls von Berlusconi als die Arena oder Infrarouge. Sie bevorzugen die Region Zürich, welche sich als einzige in der Schweiz private TV-Sender ohne Subventionen leisten kann, statt der Zentralschweiz, der Ostschweiz, der Romandie und der italienischen Schweiz. Sie wollen, dass jede und jeder für sich schaut, statt «Einer für alle, alle für einen». Nun, genau darüber werden wir in einer Woche abstimmen. Es ist wichtig, dass es ein deutliches Resultat wird: Nein zu SVP-Medien, nein zum Egoismus, nein zu manipulierten Nachrichten, sei es nun von Moskau oder Herrliberg.

### Postauto: Wiederherstellung der Idee des Service public

Sich hinter den Leistungsauftrag der SRG zu stellen, bedeutet, einen umfassenden Service public verteidigen. Es bedeutet, die Qualität – in diesem Fall der Informationen – vor die Gewinne einiger privater Medienunternehmen zu stellen. Wir haben kürzlich im Fall Postauto

gesehen, weshalb die Verteidigung der Idee des Service public so aktuell und so wichtig ist. Wir haben gesehen, wohin die Profitgier führt. Wir haben das Ergebnis überbezahlter Manager gesehen, die von Leuten eingesetzt wurden, die nur von hohen Renditen träumen: ein Spiel interner Buchhaltung bei Postauto und wahrscheinlich auch bei den Poststellen. Ein skandalöser Betrug, der darauf abzielt, möglichst viel von den Kantonen und Gemeinden abzuschöpfen, mit dem einzigen Ziel die Boni der Beteiligten zu erhöhen.

Es wird Zeit, dass wir die Führung unserer öffentlichen Unternehmen daran erinnern, dass ihr Ziel nicht in der Profitmaximierung liegt. Die Ziele müssten die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden, die Unterstützung der Bevölkerung, vielleicht auch der Rückgang der benötigten Subventionen sein. Aber nicht der Profit. Nicht die Boni. Eine Million für den Chef der SBB, eine Million für die Chefin der Post. Wofür? Beschränken wir die Löhne, schaffen wir die Boni ab. Für alle Führungskräfte der öffentlichen Unternehmen. Das ist die erste Massnahme, die wir treffen müssen. Wir arbeiten daran und hoffen, dass wir die nötigen Mehrheiten finden werden.

Wer die Lage unserer staatlichen Unternehmen betrachtet, bemerkt, dass diese seit mehreren Jahren Opfer einer Logik der Liberalisierung, der Privatisierung und der Rendite um jeden Preis sind. In den Führungsetagen wurden die Verteidiger des Service public von kleinen Managern abgelöst, die von einer Privatwirtschaft träumen. Man spricht nun mit dem CEO über «Business-to-Business» und «Cash Flow», anstatt mit dem Direktor, der Direktorin, über die Qualität des Service für die Kundinnen und Kunden. Anstatt ihre Verantwortung in diesem Schlamassel einzugestehen, versuchen einige Leute, die gegenwärtige Kakophonie zu nutzen, um den Staatsbetrieben eine Extradosis kurzsichtigen Wirtschaftsliberalismus einzupfen. Ein Heilmittel, das den Kranken tötet, statt ihn zu heilen. Es scheint, dass die FDP die Post und die SBB zerschlagen will. Wir müssen uns im Klaren sein: Wir wollen zurück zu einer menschenfreundlicheren Idee des Service public, mit weniger Liberalisierung, nicht mehr. Wir wollen verankerte Unternehmen, die für das Gemeinwohl arbeiten. Wir wollen kein Heer von Firmen, die mehr oder weniger privatisiert sind. Wir wollen engere politische Vorgaben, die transparenter und stärker auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgerichtet sind. Die Postauto-Krise zeigt, dass die Politik sich wieder stärker in die Steuerung dieser Unternehmen einmischen muss, statt sich noch mehr zurückzuziehen. Denn die Postauto-Krise ist eine Krise der Vernachlässigung. Eine Krise, die durch die neoliberalen Ideologien der Rechten in den 90er- und Nullerjahren hervorgerufen wurde, und leider, muss man sagen, auch durch einige aus unseren Reihen.

### **Haben wir die soziale Frage vergessen?**

Vielleicht habt ihr diese Woche davon gelesen: Die Medienstars der französischsprachigen Linken, Didier Eribon und Thomas Piketty, haben die europäischen und amerikanischen Progressiven scharf kritisiert. Sie beschuldigen diese, die schwächsten Menschen vergessen zu haben und ihre Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlichen Fragen, den Antirassismus und die Ehe für alle beschränkt zu haben. Um es in den Worten unseres ehemaligen Nationalrats Jean-Claude Rennwald zu sagen: Die Sozialdemokratische Partei beschäftige sich zu stark mit den «Bobos», den jungen, gut Ausgebildeten, und zu wenig mit den «Prolos», den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Diese Kritik scheint mir teilweise gerechtfertigt. Wie könnte man verneinen, dass die liberalen Reformen der Regierungen Blair und Schröder dazu beigetragen haben, das Bild der Sozialdemokratie in Europa zu trüben. Die Labour Partei und die SPD tun sich immer noch schwer, sich von dieser Bürde zu lösen. Wie könnte man vergessen, dass die Reformen der Clinton-Administration die Finanzkrise von 2008 eher beschleunigt als gebremst haben. Dies insbesondere wegen der Abschaffung des «Glass-Steagall Act», des Gesetzes, welches den Privatbanken verbot, sich an allzu riskanten Spekulationen zu beteiligen. Kein Wunder, konnte sich Hillary Clinton dann in der amerikanischen Wahlkampagne nicht vom Image der Wall Street-Kandidatin befreien.

Dennoch ist die Kritik von Eribon und Piketty, oder zumindest das, was die Medien darüber berichteten, für mich in zwei Punkten wenig überzeugend. Zuerst einmal glaube ich, dass der Konflikt zwischen den «Bobos», die von Emanzipation träumen (Frauen, Ausländerinnen und Ausländer, Homosexuelle und andere) und den «Prolos», die nur an sozialen Fragen interessiert sind, ein Mythos ist. Man kann für die gleichgeschlechtliche Heirat sein und die AHV stärken wollen. Man kann eine humane Asylpolitik verfolgen und gleichzeitig für anständige Löhne eintreten. Die Freiheit und die Würde der Migrantin, des Migranten ist kein Gegensatz zur Freiheit und Würde der Arbeitnehmenden. Beide sind Teil derselben Bewegung: Freiheit für alle, Menschenwürde für alle, soziale Gerechtigkeit für alle, Chancengleichheit.

Und nun zu meinem zweiten Kritikpunkt. Eribon und Piketty verschweigen die Kämpfe von Teilen der Linken gegen die Politik der Liberalisierung und Privatisierung. In dieser Tradition steht auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz seit 20 Jahren. Es ist kein Zufall, dass der Strommarkt in unserem Land nicht liberalisiert wurde. Es ist kein Zufall, dass die Schweizer Post ihr Brief-Monopol nicht verloren hat. Es ist kein Zufall, dass die SBB nicht zerschlagen wurde und es ist auch kein Zufall, dass die Swisscom immer noch in öffentlicher Hand ist. Es ist das Resultat des politischen Widerstands der SP Schweiz mit der Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung während der globalen Liberalisierungswelle der letzten 20 Jahre. Und das unterscheidet uns von einigen unserer europäischen Genossinnen und Genossen.

Dieser Kampf um den Service public wird wieder kommen, da dürfen wir uns keine Illusionen machen und müssen uns darauf vorbereiten. So wie wir uns darauf vorbereiten müssen, den Kampf um eine Reform der AHV wieder aufzunehmen, welche die Rentenhöhe garantiert, ohne das Rentenalter zu erhöhen. Und genauso müssen wir uns auch in der Gesundheitsdebatte einbringen. Alain Berset hat Recht: Es ist unhaltbar, dass einige Ärzte oder Ärztinnen, die bei uns ausgebildet wurden, in unseren Spitälern arbeiten und durch die Krankenkassenprämien der Grundversicherung finanziert werden, eine Million im Jahr verdienen. Und die empörten Reaktionen der betroffenen Spezialisten zeigen, dass unser Bundesrat einen wunden Punkt getroffen hat. Gut, dass die Debatte jetzt stattfindet. Wir wollen eine bessere Anerkennung der Arbeit der Hausärztinnen und Hausärzte, der Kinderärztinnen und Kinderärzte, und eine Lohnbeschränkung bei einigen der bestbezahlten Spezialisten. Lasse sie doch toben, lieber Alain, du hast unsere Unterstützung und die einer offensichtlichen Mehrheit der Bevölkerung.

Aber wir brauchen auch jede erdenkliche Unterstützung, um die Belastung der Krankenkassenprämien zu senken. Die Prämien belasten die Familienbudgets immer

stärker. Langsam scheinen unsere politischen Gegner das auch zu merken. Zumindest einige von ihnen, die anderen sind zu sehr mit ihren Mandaten in den Verwaltungsräten der Krankenkassen beschäftigt. Wir arbeiten natürlich daran, den Anstieg der Gesundheitskosten zu begrenzen. Aber das können wir nur erreichen, wenn wir das Parlament vom politischen Einfluss der Krankenkassen befreien. Das ist das Ziel der ersten Volksinitiative, zu welcher die Unterschriftensammlung am Laufen ist. Die zweite, an welcher wir arbeiten, will die Höhe der Prämien auf höchstens 10% des Haushaltseinkommens begrenzen. Der Kanton Waadt ist dabei, das zu tun, die Entscheidungen sind gefallen, unser Kollege Pierre-Yves Maillard arbeitet an der Umsetzung. Ein solches Modell wollen wir auf die ganze Schweiz anwenden, so, dass Lohnerhöhungen für kleine und mittlere Einkommen nicht systematisch durch steigende Prämien und Mieten aufgeessen werden. Das wird einer der zentralen Kämpfe der kommenden Jahre sein, eines der wichtigen sozialen Engagements der Partei. Und der Beweis, falls wir überhaupt einen brauchen, dass die SP Schweiz sich um die Schwächsten in der Gesellschaft kümmert. Die Prioritäten, die wir seit Jahren bei der Umverteilung, bei den Sozialversicherungen und den Krankenversicherung setzen, widerlegen, zumindest im Falle der Schweiz, die These von Piketty und Eribon.

### **Politik ist immer ein Gespräch über die Zukunft, die Menschen wollen einen Plan sehen**

Auch wenn die Vernachlässigung der Arbeitnehmenden durch die progressiven europäischen Kräfte relativiert werden muss, muss sie uns dennoch beschäftigen. Denn einige Fragen stellen sich natürlich auch für die Schweiz. Wie können wir die Ängste in grossen Teilen der Bevölkerung vor der Digitalisierung der Wirtschaft, die für sie Arbeitsplatzunsicherheit bedeutet, in den Griff bekommen? Wie machen wir es, dass die Menschen, die wir vertreten, keine Globalisierungsverlierer sind, sondern in ihren Kompetenzen, Perspektiven und Einkünften gestärkt werden? Und wie können wir die Mechanismen der sozialen Umverteilung weiterentwickeln, in einer Wirtschaft, die ihr Wachstumsmodell neu definieren muss?

Unsere ganze Geschichte wurde durch die Verteidigung der Interessen der Arbeitswelt in einem kapitalistischen System geprägt. Dieser Kampf ist überhaupt nicht veraltet, er ist aktueller denn je. Und die Gleichung ist einfach: der technologische Fortschritt, die Globalisierung, die beschränkten natürlichen Ressourcen, das sind Tatsachen, die kaum zu bekämpfen sind. Aber diese Tatsachen stellen den gesellschaftlichen Konsens der glorreichen Dreissiger in Frage. Es ist verführerisch, sich auf die Seite der Gewinner dieser Epoche zu stellen. Das ist der Standpunkt, den sich die Neoliberalen ausgesucht haben. Ihre Position ist bequem, aber sie widerspricht der unseren. Denn wir müssen die Interessen der Verliererinnen und Verlierer, oder derjenigen, denen dies droht, verteidigen.

Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Wege zu finden, wie wir mit der Globalisierung umgehen und gleichzeitig die Arbeitnehmenden in der Schweiz und in den Ländern des Südens schützen können. Es liegt in unserer Verantwortung als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, der Digitalisierung der Wirtschaft den richtigen Rahmen zu geben. Einen Rahmen, damit alle davon profitieren, und nicht nur wenige virtuelle Unternehmen. Die geeignete Richtung des Wachstums zu bestimmen, die der Beschränkung der natürlichen Ressourcen gerecht wird. Von unserer Fähigkeit, Antworten darauf geben zu können, hängen die mittelfristigen Wahlerfolge der Sozialdemokratie ab,

und damit die Unterstützung all jener, für die der Liberalismus keine Früchte bringt. Politik ist immer ein Gespräch über die Zukunft, die Menschen wollen einen Plan sehen. Und diesen Plan, mit der für uns so wichtigen Frage der Wirtschaft, wollen wir dieses Jahr zusammen zeichnen.

## **Die Verhandlungen führen und abschliessen, ohne die flankierenden Massnahmen anzutasten**

Auf der anderen Seite: Wenn es einen Bereich gibt, in dem wir bereits einen klaren Plan haben, dann ist es die europäische Integration der Schweiz. In den letzten Jahren haben wir in diesem Bereich viel Arbeit geleistet. Es ist erstaunlich zu sehen, wie einige Rechte erst in den letzten Wochen entdeckt haben, wie kompliziert die Fragen sind, welche die Fortsetzung des bilateralen Weges aufwirft. Sogar auf höchster Regierungsebene.

Unsere Positionen wurden an der Delegiertenversammlung in la Chaux-de-Fonds und am Parteitag in Thun diskutiert und verabschiedet. Und ich bin zuversichtlich, dass sie realisiert werden:

1. Wir sind für ein institutionelles Abkommen, welches die 120 einzelnen Verträge, die wir mit der Europäischen Union abgeschlossen haben, vereint. Wir haben im Jahr 2018 ein Zeitfenster, in welchem wir über die Inhalte und Details dieses Abkommens verhandeln können. Dieses Zeitfenster muss genutzt werden. Seit fünf Jahren spielt die Schweiz mit Brüssel Katz und Maus. Die Beamten des EDA garantieren der EU den frühzeitigen Abschluss des institutionellen Abkommens, und der Bundesrat nimmt es in seine Jahresziele auf. Aber er will keine substantiellen Fortschritte machen und verlangsamt dann künstlich die Verhandlungen. Lange Zeit dachte ich, es sei klug, so zu handeln. Ich hatte befürchtet, dass die Schweizer Bevölkerung für diese Debatte nicht bereit wäre. Aber ich habe mich geirrt, und mit mir fast die gesamte Politik- und Medienwelt in der Schweiz. Das Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat schwindet mit jedem Monat, der ergebnislos vergeht. Wir überlassen das politische Feld der SVP und ihren Phantasmen. Die Schweiz verfügt über kein Gremium, an das sie sich bei Verstössen gegen bilaterale Abkommen durch die EU oder einen der Mitgliedstaaten wenden kann. Es ist an der Zeit, diesem Doppelspiel ein Ende zu setzen, dieses Abkommen mit der EU abzuschliessen und es der Stimmbevölkerung vorzulegen.
2. Die Frage der «fremden Richter» ist bestenfalls ein Unverständnis der Funktionsweise der Europäischen Union, schlimmstenfalls eine populistische Manipulation. Für uns ist es nicht zwingend notwendig, dass ein Schiedsgericht, der EU-Gerichtshof oder der EFTA-Gerichtshof Streitigkeiten beilegt. Nicht verhandelbar ist hingegen die Aufrechterhaltung der flankierenden Massnahmen. Es steht nicht zur Debatte, dass der Schutz der Arbeitnehmenden in der Schweiz oder die Meldepflicht für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmende in Frage gestellt wird. Der Angriff der SVP auf die flankierenden Massnahmen zeigt deutlich das Ziel unserer politischen Gegner: erst die Rechte von ausländischen Arbeitnehmenden zu schwächen, und dann diejenigen der Schweizerinnen und Schweizer. Es handelt sich dabei nicht mehr um ein politisches Programm, sondern um den «Businessplan» von EMS Chemie, der die politische Linie der SVP zu bestimmen scheint. Das ist inakzeptabel, und die Öffentlichkeit wird

niemals eine Politik der aussenpolitischen Öffnung akzeptieren, die nicht mit ernsthaften sozialen Massnahmen begleitet wird.

3. Wir erwarten, dass sich die Schweiz am EU-Kohäsionsfonds beteiligt. Es handelt sich nicht um eine in Brüssel geopfert Milliarde, die wir zahlen, um den Zorn der Eurokraten zu besänftigen. Es geht vielmehr um die Verteidigung der Interessen der Schweiz, ihrer Sicherheit und ihres Wohlstands, indem unser Land eine positive Entwicklung in den osteuropäischen Staaten unterstützt. Und die jüngsten Entwicklungen in Polen, Ungarn oder Rumänien zeigen, wie notwendig es ist, zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Staaten beizutragen. Denn diese sichert die Bindung der dortigen Bevölkerung an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Wir haben eine einfache Position: Verhandeln wir jetzt dieses Rahmenabkommen auf ernsthafte Weise und sichern wir die flankierenden Massnahmen. Der Status quo ist unhaltbar, und diejenigen, die glauben, dass wir kein Rahmenabkommen benötigen, täuschen sich. Die sogenannte autonome Rechtsübernahme ist ein Angriff auf die Würde unseres souveränen Staats. Die Integration unseres Landes in den Europäischen Binnenmarkt ist aus ökonomischen, politischen und kulturellen Gründen prioritär. Ich habe es bereits gesagt, aber es scheint mir wichtig das hier zu wiederholen, am zentralen Ort der Gründungsmythen unseres Landes: Napoleon hatte für einmal Recht, als er sagte, dass ein Staat letztlich stets die Politik seiner geographischen Lage verfolgt. In einer globalisierten Welt verlangt unsere geographische Lage, dass wir uns der Europäischen Union annähern. Unsere geografische Lage wird uns früher oder später dazu zwingen, unseren Beitrag für ein kohärentes, regionales Miteinander zu leisten. Für Frieden und Wohlstand natürlich, aber auch und vor allem, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Die Engländerinnen und Engländer haben ein Sprichwort – und laufen Gefahr, es in Kürze auf sich selbst anwenden zu müssen: «there is no such thing as a free lunch». Wir würden eher sagen «früher oder später müssen blinde Passagiere ihre Rechnung bezahlen». Die Zeit ist gekommen, um nicht mehr passiv die Entscheide der EU über die Schweiz abzuwarten, sondern zur Weiterentwicklung unserer bilateralen Abkommen beizutragen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Der heutige Tag verspricht für uns aufregend und wichtig zu werden. Zuerst natürlich weil wir von unseren Co-Generalsekretärinnen – zumindest in ihrer aktuellen Funktion – Abschied nehmen. Ihr alle kennt die Bedeutung ihrer Arbeit für das Funktionieren der Partei, darauf werde ich später noch zurückkommen. Wir werden daher heute ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger wählen. Auch wenn die Spannung nicht riesig ist, umso mehr angesichts der Qualitäten der vorgeschlagenen Kandidatin und des vorgeschlagenen Kandidaten, ist es eine weitere Etappe für unsere Partei. Ferner habe ich betont, wie wichtig die Erneuerung unseres Wirtschaftsprogramms für uns ist. Es handelt sich um das Herzstück unseres Engagements als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, und die Fragen, die wir behandeln müssen, sind nicht trivial.

Ich danke euch für eure Zeit, Energie, Intelligenz und Klarsicht, die ihr für die SP einsetzt.